

E 2001 (D) 3/293

*Le Chef de la Division des Affaires étrangères du Département
politique, P. Bonna,
au Ministre de Suisse à Berlin, H. Frölicher*

*Copie
L ZZ*

Bern, 25. August 1941

Wir hatten Sie mit Schreiben vom 9. Dezember 1939¹ ersucht, die deutschen Behörden auf die Machenschaften der schweizerischen «Erneuerer» Emil *Reifer* und Ernst *Leonhardt* aufmerksam zu machen und denselben im Interesse

1. Cf. E 2001 (D) 2/119 et E 2001 (D) 3/296-297. Cf. aussi E 2001 (D) 3/39 et E 4001 (C) 1/234.



der Aufrechterhaltung der guten Beziehungen zwischen den beiden Staaten ihre gegen unsere Regierung gerichteten Angriffe untersagen zu lassen.

Sie haben uns daraufhin mitgeteilt, dass Sie Herrn Staatssekretär von Weizsäcker auf die unerwünschte politische Tätigkeit der beiden genannten Landsleute hingewiesen und das Ersuchen gestellt hätten, den Beiden jede gegen die Schweiz gerichtete politische Tätigkeit zu verbieten. Anlässlich dieser Demarche hätten Sie beim Staatssekretär volles Verständnis gefunden, weil auch die Schweiz es den politischen Emigranten zur Pflicht mache, sich jeder antideutschen Betätigung zu enthalten².

Obwohl unser Land in letzterer Hinsicht seine Haltung in keiner Weise geändert hat, setzen nicht nur Reiffer und Leonhardt, sondern auch einige andere «Erneuerer» wie Burri, Bodmer, Lenz, Lienhard usw. ihre politische Tätigkeit gegen die Schweiz fort und suchen Zwietracht in die Reihen unserer Landsleute in Deutschland zu säen. Gerade die Ihnen bekannten Vorkommnisse anlässlich der von unseren Kolonien in Deutschland organisierten Veranstaltungen zu Feier des 650 jährigen Bestehens der Eidgenossenschaft³ beweisen, dass diese Leute keineswegs gesonnen sind, ihre gehässigen Angriffe auf unsere Behörden einzustellen. Andererseits wurde uns unlängst vom Konsulat in Stuttgart gemeldet, dass der «Bund der Schweizer in Grossdeutschland» sogar in das dortige Vereinsregister eingetragen, und dass diese Eintragung in der Presse bekanntgegeben worden sei. (Siehe «Stuttgarter Neues Tagblatt» Nr. 210 vom 3. August und «Stuttgarter NS-Kurier» Nr. 217 vom 8. August 1941.)

Wir halten daher den Zeitpunkt für gekommen, die zuständigen deutschen Stellen erneut auf die unerwünschte Wühlarbeit der Herren Leonhardt, Reiffer und Konsorten mit allem Nachdruck aufmerksam zu machen.

Wie Ihnen bekannt ist, haben sich Leonhardt und Reiffer in letzter Zeit auch dadurch besonders hervorgetan, dass Sie den Herrn Bundespräsidenten sowie andern Mitgliedern des Bundesrates durch die Post Briefe zugehen liessen, welche die gehässigsten und ungerechtfertigsten Angriffe und Verleumdungen gegenüber unseren Behörden enthalten. Diese Briefe scheinen aber von den deutschen Zensurstellen in keiner Weise beanstandet worden zu sein. Wir bitten Sie daher, die deutschen Behörden anlässlich der von Ihnen zu unternehmenden Demarche auch auf diesen Umstand besonders hinzuweisen.

Wir dürfen erwarten, dass die Reichsregierung für unsere Klagen das nötige Verständnis aufbringen und nunmehr das Erforderliche veranlassen wird, um der unliebsamen Tätigkeit der Herren Reiffer, Leonhardt und Konsorten endgültig Einhalt zu gebieten. Wir ersuchen Sie, uns sobald als möglich vom Erfolg Ihrer Schritte zu unterrichten⁴.

2. *Sur les mesures prises dès 1939, cf. notamment la Notiz über die Behandlung von deutschen Staatsangehörigen, die in der Schweiz in einer gegenüber Deutschland unkorrekten Weise auftreten, du 18 juin 1943, E 2001 (D) 3/7.*

3. *Sur ces incidents, cf. le rapport de Kappeler du 2 août 1941, E 2001 (D) 2/119.*

4. *Cf. la réponse de Frölicher publiée en annexe I au présent document.*

25 AOÛT 1941

279

ANNEXE I

E 2001 (D) 3/293

*Le Ministre de Suisse à Berlin, H. Frölicher,
au Chef de la Division des Affaires étrangères du Département politique, P. Bonna*

L

Berlin, 5. September 1941

[...]

Die Stilisierung dieser Instruktionen dürfte zeigen, dass die Schwierigkeiten ihrer Ausführung wohl etwas unterschätzt worden sind. Die Stimmung unserem Lande gegenüber ist zur Zeit nicht günstig. Das Verhalten der deutschen Regierung anlässlich der 650. Jahrfeier und die unfreundlichen Äusserungen der deutschen Presse, die allerdings in letzter Zeit etwas verstummt sind, dürften dies zur Genüge zeigen. Dazu kommen die Schwierigkeiten der Sache selbst. «Der Bund der Schweizer in Grossdeutschland» hat das ideologische Heu auf der gleichen Bühne wie das nationalsozialistische Deutschland. Wenn schliesslich auf das Interesse Deutschlands an guten Beziehungen mit der Schweiz hingewiesen wird, so muss man im Auge behalten, dass wir als kleines Land, das jetzt von den Achsenmächten umschlossen ist, ein grösseres Interesse an einem beidseitig guten Verhältnis haben.

Sie werden unter diesen Umständen verstehen, dass ich nicht wohl jetzt schon in der Lage bin, Sie von einem vollen Erfolg meiner Bemühungen zu unterrichten. Immerhin hat eine eingehende Aussprache mit Herrn von Weizsäcker ergeben, dass das Auswärtige Amt bereit ist, sich dafür einzusetzen, dass Leonhardt und Reiffer angewiesen werden, ihre gegen die Schweiz gerichtete politische Tätigkeit einzustellen. Diesem Begehren konnte sich der Staatssekretär nicht wohl entziehen, nachdem dies seinerzeit im Zusammenhang mit der Angelegenheit Fritz Thyssen⁵ zugesichert worden war.

Bezüglich eines allgemeinen Verbotes des «Bundes der Schweizer in Grossdeutschland» konnte mir jedoch Herr von Weizsäcker keine Zusicherung machen. Das Auswärtige Amt ist offenbar, auch wenn dies Herr von Weizsäcker nicht zum Ausdruck gebracht hat, bei einer solchen Forderung in einer etwas schwierigen Lage. Gewiss müsste es einsehen, dass es international inkorrekt ist, eine Organisation zu dulden, die sich zur Aufgabe macht, das Regierungssystem eines befreundeten Nachbarlandes zu bekämpfen, mag auch dieser Kampf angeblich nicht in illegaler Weise erfolgen. Für das Auswärtige Amt ist es jedoch schwierig, einen solchen Standpunkt gegenüber den innern Stellen durchzusetzen. Es fragt sich, ob es klug ist, in dieser Frage eine Entscheidung der höchsten Stelle provozieren zu wollen.

Meines Erachtens ist dies nicht ratsam. Es wäre ein grosser Fehler, weil im Falle eines Misserfolges unser Verhältnis zu Deutschland noch mehr kompromittiert werden könnte. Entscheidend aber für meine Auffassung ist, dass der «Bund der Schweizer in Grossdeutschland» eine offensichtliche Fehlgeburt ist. Die Bemühungen dieser Landsleute, die meistens jedes Verständnis für die Heimat verloren haben, konnten bisher keine Erfolge erzielen und haben zu keiner Spaltung der Schweizer-Kolonie geführt. Ich bin auch überzeugt, dass sie in Zukunft keine Erfolge haben werden, sowenig wie frühere Versuche nationalsozialistische Organisationen innerhalb der Kolonie zu schaffen. Die Störungen der Bundesfeiern können in Zukunft ohne deutsche Hülfe durch geeignete Massnahmen verhindert werden. Die beleidigenden Briefe, die diese Erneuerer an General und Bundesräte, aber auch an die Gesandtschaft richten, haben auch nicht eine so grosse Bedeutung, dass man deshalb eine grosse diplomatische Aktion, die zu einem Misserfolg führen kann, unternehmen sollte. Herr von Weizsäcker hat übrigens bei Behandlung dieser Frage darauf hingewiesen, dass die Zensurstellen die Korrespondenzen nur nach dem Gesichtspunkt der Spionageabwehr prüfen und dass sie keine polizeilichen oder politischen Funktionen hätten. Die Gesandtschaft, die ebenfalls oft solche

5. *Sur le refuge en Suisse de F. Thyssen, cf. E 2001 (D) 2/122.*

Briefe erhält, pflegt sie in der Regel gleich zu behandeln, wie Zuschriften geistig nicht Normalen, sie legt sie zu den Akten.

Das weitere Vorgehen in dieser Sache stelle ich mir so vor, dass gegen die *öffentliche* Betätigung der Erneuerer durch Schritte beim Auswärtigen Amt vorgegangen wird. Wie Konsul Stucki mitteilte, soll der Stützpunkt der Organisation in Ostpreussen einen Diskussionsabend veranstaltet haben, an dem auch Leonhardt seine Beteiligung in Aussicht stellte. Wie mir Konsul Stucki berichtete, hat er einen Vertrauensmann zu dieser Veranstaltung abgeordnet. Der Bericht des Konsulates wird dann Gelegenheit geben zu prüfen, welche Schritte beim Auswärtigen Amt gegen diese öffentliche Betätigung zu unternehmen sind.

ANNEXE II

E 2001 (D) 3/7

*Le Chef de la Division des Affaires étrangères du Département politique,
P. Bonna, au Ministre de Suisse à Berlin, H. Frölicher*

L ZM

Bern, 31. Oktober 1941⁶

Wir hatten Sie mit Schreiben vom 25. August gebeten, bei der Deutschen Regierung zu verlangen, der unliebsamen Tätigkeit von Reiffer, Leonhardt und anderen «Erneuerern», als welche wir Burri, Bodmer, Lenz und Lienhard nannten, ein Ende zu bereiten. Sie unterrichteten uns mit Brief vom 5. September über Ihre Demarche bei Herrn Staatssekretär von Weizsäcker, und wir haben mit Genugtuung festgestellt, dass man sich deutscherseits unsern Vorstellungen nicht gänzlich verschliesst. Diese Einstellung liess Sie weitere Schritte beim Auswärtigen Amt gegen die öffentliche Tätigkeit der «Erneuerer» in Aussicht nehmen.

Wir begrüessen Ihr Vorhaben und möchten Sie in diesem Zusammenhang besonders auf *Franz Burri* hinweisen, dessen Ausfälle gegen seine Heimat von Tag zu Tag heftiger und gehässiger werden. Als Beispiel hierfür legen wir je eine Abschrift⁷ zweier Nummern der «IPA»-Nachrichtenblattes vom 9./10. Oktober und 11. d.M. hier bei. Beide Bulletins enthalten schwerste Angriffe gegen General Guisan, und in dem vom 11. Oktober werden ausserdem noch der Bundesrat und der Bundesanwalt gröblich beschimpft. Die Schreibweise der «IPA»-Korrespondenz ist an Unverschämtheit kaum mehr zu übertreffen, und es erübrigt sich, einzelne Stellen besonders herauszugreifen, da kein Satz zu finden ist, der nicht Schmähungen enthält.

Es mag ja zutreffen, dass Franz Burri ein Führer ohne Volk ist, und seiner Geschäftigkeit jeglicher durchgreifende Erfolg versagt bleibt. Die neuliche Spaltung im Kreise seiner Gesinnungsgenossen in Deutschland, von denen die einen sich um Lienhard und Zander zum «Bund der Schweizer in Grossdeutschland» und die andern um Burri und Leonhardt zum «Nationalsozialistischen Schweizerbund» zusammenschlossen, ist bezeichnend hierfür. Es bleibt aber bestehen, dass die vielen Schmähchriften des Burri, die ungezählt in Deutschland zur Verteilung gelangen, zur Verhetzung gegen die Schweiz beitragen und die Agitation gegen schweizerische Magistraten und den Oberbefehlshaber unserer Armee vom Boden eines befreundeten Staates aus nicht mehr länger geduldet werden kann.

Es ist nun richtig, dass der Sitz der «IPA-Agentur» nicht in Deutschland sondern in Budapest ist; es ist aber nicht minder wahr, dass es sich hier nur um einen formalen Sitz handelt und Nützlich-ches nur zu erreichen ist, wenn Burri selber, der in Wien, Wohllebengasse 7, wohnt, zum Schweigen gebracht werden kann. Unsere Gesandtschaft in Budapest, die wir gegen die dortige Tätigkeit der «IPA-Agentur» Vorstellungen zu erheben anwiesen, hat beim Ungarischen Aussenministerium nicht nur Verständnis für unser Begehren, sondern selbst Bereitwilligkeit zu sofortigem Einschrei-

6. *La lettre est expédiée le 3 novembre 1941.*

7. *Non reproduite.*

ten gefunden. Es wurde ihr zugesichert, dass dafür Sorge getragen werde, dass die «IPA»-Nachrichten über die Schweiz in ungarischen Zeitungen nicht Aufnahme finden, und es wurde sogar erwogen, eine gelegentliche Ausreise aus Ungarn des Vertreters von Burri in Budapest, des Deutschen Oskar Pöffel, zu benützen, um ihm die Wiedereinreise in Ungarn zu verweigern. Die Erkenntnis, dass damit dem Treiben unseres Landsmannes ein Riegel nicht gesteckt wäre, da er einfach einen andern Journalisten in Budapest als Leiter der «IPA» in seine Dienste nehmen könnte, liess diesen Gedanken wieder fallen, und auch andere Massnahmen ergaben sich als untauglich, weil die «IPA»-Mitteilungen nach Aussagen der ungarischen Behörden in Ungarn nicht Verbreitung finden, ja nicht einmal an die ungarische Presse geleitet, sondern unverzüglich unter Briefumschlag nach Deutschland und der Schweiz verschickt werden.

Durchgreifendes lässt sich offensichtlich nur in Deutschland gegen Burri unternehmen, weshalb vor allem die deutschen Behörden dafür gewonnen werden müssten, unsern Landsmann anzuhalten, seine Angriffe gegen die Schweiz oder ihre Behörden einzustellen. Die verständnisvolle Aufnahme, die Ihre frühern Beschwerden bei Herrn von Weizsäcker gefunden haben, geben Grund zur Annahme, dass sich das Auswärtige Amt diesem erneuten Begehren nicht entziehen werde, und wir ersuchen Sie daher, ihm nochmals die Ihnen wohlbekannten Gründe mit allem Nachdruck vorzutragen, die uns ein Einschreiten, diesmal vornehmlich gegen die Agitationstätigkeit des Franz Burri, erwarten lassen⁸.

8. *Annotation de Pilet-Golaz à la fin de la lettre, le jour de l'expédition:*

L'attitude de B. est scandaleuse. 3.11.41.

A ce sujet, cf. aussi la lettre personnelle du 25 janvier 1942 du Général Guisan au Chef du Département de Justice et Police, Ed. von Steiger qui l'avait informé sur les mesures destinées à mettre un terme aux publications de l'«IPA».

Je vous en remercie vivement. Je vous suis d'autant plus reconnaissant de faire allusion aux «nouvelles» venues de Berlin, que le soin de m'en informer n'incombait pas – comme vous me le faites remarquer vous-même – à votre Département. Je vous sais également gré d'avoir eu un entretien avec notre Ministre à Berlin, – comme d'avoir attiré, sur ce sujet, l'attention du Département politique fédéral, dès le 28 octobre 1941. [...] (E 4001 (C) 1/36).

Sur les échanges entre le DPF et le DJP, cf. E 2001 (E) 1/96, notamment le projet de réponse du DPF du 1^{er} novembre 1941 avec l'annotation suivante de P. Bonna pour P.A. Feldscher: M. Pilet préfère que nous ne nous prononcions pas par écrit sur une question qui est entièrement du ressort du Département de Justice et Police. Les autres lettres concernant Burri sont parties. 3/11.

Le Chef du Département de Justice et Police ayant fait pression sur le Ministre de Hongrie à Berne afin qu'il intervienne contre les activités de Burri, Pilet-Golaz répond à von Steiger le 26 janvier 1942: Tout à fait d'accord avec la recommandation que vous lui avez faite. Espérons que son intervention à Budapest aura plus de succès effectif que celle de notre Ministre. Mais il y a des impondérables. C'est sur ceux-ci qu'il faut agir. Ils ne sont pas à l'est (E 4001 (C) 1/36).

Sur la suite de cette affaire, cf. ci-dessous N° 259.